
HINWEISE ZUR DATENVERARBEITUNG

gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

Stand: Juli 2026

Mit den folgenden Hinweisen informiert die Kanzlei Mokhtari über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Mandatsanfragen und Mandatsverhältnissen sowie über die Rechte der betroffenen Personen nach der Datenschutz-Grundverordnung.

1. Verantwortliche

Verantwortliche für die Datenverarbeitung ist:

Kanzlei Mokhtari

Rechtsanwältin Fatima Mokhtari
Steinbückelstraße 5
76297 Stutensee
Deutschland

Telefon: +49 1522 5206276

E-Mail: info@kanzleimokhtari.de

Internet: kanzleimokhtari.de

Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht bestellt.

2. Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen, eine Mandatsanfrage stellen oder uns mandatieren, verarbeiten wir insbesondere folgende personenbezogene Daten:

1. Anrede, Titel, Vorname und Nachname;
2. Geburtsdatum und Geburtsort, soweit dies für die Mandatsbearbeitung erforderlich ist;
3. Anschrift;
4. E-Mail-Adresse;
5. Telefonnummer;
6. Bankverbindungs- und Zahlungsdaten;
7. Versicherungsdaten, insbesondere Angaben zu einer Rechtsschutzversicherung;
8. Angaben und Unterlagen zur Identitätsprüfung;

-
9. Kommunikations- und Korrespondenzinhalte;
 10. Informationen zum Gegenstand der Mandatsanfrage oder des Mandats;
 11. Informationen, Dokumente und Nachweise, die für die rechtliche Beratung oder Vertretung erforderlich sind;
 12. Daten über Verfahrensbeteiligte, Gegner, Zeugen und sonstige beteiligte Personen;
 13. Abrechnungs-, Vergütungs- und Buchhaltungsdaten;
 14. gegebenenfalls besondere Kategorien personenbezogener Daten, beispielsweise Gesundheitsdaten;
 15. gegebenenfalls personenbezogene Daten über strafrechtliche Verurteilungen, Straftaten oder damit zusammenhängende Verfahren.

Es werden nur solche personenbezogenen Daten verarbeitet, die für die jeweiligen Zwecke erforderlich sind.

3. Herkunft der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten erhalten wir grundsätzlich unmittelbar von Ihnen.

Soweit dies zur Bearbeitung einer Mandatsanfrage oder eines Mandats erforderlich ist, können wir personenbezogene Daten auch aus anderen Quellen erhalten, insbesondere von:

1. Gerichten, Staatsanwaltschaften und Behörden;
2. Verfahrensgegnern und deren Bevollmächtigten;
3. Rechtsschutzversicherungen und sonstigen Versicherungen;
4. Arbeitgebern, Sozialversicherungsträgern oder Kreditinstituten;
5. Sachverständigen, Zeugen und sonstigen Verfahrensbeteiligten;
6. öffentlich zugänglichen Registern und Verzeichnissen;
7. öffentlich zugänglichen Internetquellen;
8. anderen Rechtsanwälten, Steuerberatern, Notaren oder sonstigen Berufsträgern;
9. Personen, die in Ihrem Auftrag oder mit Ihrer Zustimmung mit uns Kontakt aufnehmen.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

4.1 Anbahnung und Durchführung des Mandats

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten insbesondere zu folgenden Zwecken:

1. Prüfung und Bearbeitung Ihrer Mandatsanfrage;
2. Durchführung einer Interessenkollisionsprüfung;

-
3. Identifizierung und Kommunikation mit Ihnen;
 4. Erfassung und rechtliche Prüfung des Sachverhalts;
 5. außergerichtliche und gerichtliche Beratung und Vertretung;
 6. Korrespondenz mit Gerichten, Behörden, Gegnern und sonstigen Beteiligten;
 7. Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechten und Ansprüchen;
 8. Dokumentation der Mandatsbearbeitung;
 9. Abrechnung unserer Tätigkeit;
 10. Kommunikation mit Rechtsschutzversicherungen und sonstigen Kostenträgern;
 11. Abwicklung von Zahlungen;
 12. Bearbeitung und Abwehr von Haftungs- oder sonstigen Ansprüchen.

Rechtsgrundlage für die zur Anbahnung und Durchführung des Mandats erforderliche Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe b DSGVO.

Für die normale Mandatsbearbeitung ist keine Einwilligung erforderlich.

4.2 Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen

Soweit die Verarbeitung zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich ist, erfolgt sie auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c DSGVO.

Hierzu gehören insbesondere berufsrechtliche, handelsrechtliche, steuerrechtliche und gegebenenfalls geldwäscherechtliche Verpflichtungen sowie gesetzliche Aufbewahrungs-, Dokumentations-, Auskunfts- und Meldepflichten.

4.3 Berechtigte Interessen

Soweit erforderlich, verarbeiten wir personenbezogene Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f DSGVO zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der berechtigten Interessen Dritter.

Zu diesen Interessen gehören insbesondere:

1. die ordnungsgemäße Organisation und wirtschaftliche Führung der Kanzlei;
2. die Gewährleistung der IT- und Datensicherheit;
3. die Verhinderung und Aufklärung von Missbrauch oder Straftaten;
4. die Prüfung und Vermeidung von Interessenkollisionen;
5. die Durchsetzung eigener Vergütungs- und sonstiger Ansprüche;
6. die Abwehr und Bearbeitung von Haftungsansprüchen;
7. die Sicherung von Beweismitteln;
8. die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Eine Verarbeitung erfolgt nur, soweit nicht Ihre Interessen, Grundrechte oder Grundfreiheiten überwiegen.

4.4 Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung

Soweit wir personenbezogene Daten für einen freiwilligen Zweck verarbeiten, für den keine andere Rechtsgrundlage besteht, holen wir vorab eine gesonderte Einwilligung ein.

Dies kann beispielsweise für die Aufnahme in einen Newsletter, die Veröffentlichung einer Bewertung oder die Aufzeichnung eines Gesprächs gelten.

Eine erteilte Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung, die vor dem Widerruf auf Grundlage der Einwilligung erfolgt ist.

Die Begründung oder Durchführung des Mandats wird grundsätzlich nicht von einer Einwilligung in nicht erforderliche zusätzliche Verarbeitungen abhängig gemacht.

4.5 Besondere Kategorien personenbezogener Daten

Soweit für die Mandatsbearbeitung besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO erforderlich sind, erfolgt deren Verarbeitung insbesondere auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 Buchstabe f DSGVO, soweit die Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Soweit im Einzelfall eine ausdrückliche Einwilligung erforderlich ist, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO.

5. Dauer der Speicherung

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur so lange, wie dies zur Bearbeitung des Mandats, zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen sowie zur Wahrung berechtigter Interessen erforderlich ist.

Anwaltliche Handakten werden gemäß § 50 BRAO grundsätzlich für die Dauer von sechs Jahren aufbewahrt. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde.

Eine längere Speicherung kann insbesondere erfolgen, wenn:

- 1.** handels- oder steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten bestehen;
- 2.** die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen weiterhin erforderlich sind;
- 3.** gesetzliche Verjährungsfristen noch nicht abgelaufen sind;
- 4.** eine behördliche oder gerichtliche Aufbewahrungsanordnung besteht;
- 5.** Sie ausdrücklich in eine längere Speicherung eingewilligt haben.

Nach Wegfall des jeweiligen Verarbeitungszwecks und Ablauf der einschlägigen Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen werden die Daten gelöscht oder

datenschutzgerecht vernichtet, sofern keine Rechtsgrundlage für eine weitere Speicherung besteht.

6. Weitergabe personenbezogener Daten

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt nur, soweit dies für die Bearbeitung des Mandats erforderlich ist, eine gesetzliche Verpflichtung besteht, Sie eingewilligt haben oder eine andere Rechtsgrundlage die Übermittlung erlaubt.

Empfänger personenbezogener Daten können insbesondere sein:

1. Gerichte, Staatsanwaltschaften und Behörden;
2. Verfahrensgegner und deren Bevollmächtigte;
3. Rechtsschutzversicherungen und sonstige Kostenträger;
4. Gerichtsvollzieher;
5. Sachverständige und Gutachter;
6. Dolmetscher und Übersetzer;
7. Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und sonstige Berufsträger;
8. Banken und Zahlungsdienstleister;
9. Post-, Telekommunikations- und Versanddienstleister;
10. Aktenvernichtungsunternehmen;
11. IT-, Hosting-, Software-, Wartungs- und sonstige technische Dienstleister;
12. Berufshaftpflichtversicherer;
13. sonstige Personen und Stellen, deren Einbeziehung zur Bearbeitung des Mandats erforderlich ist.

Soweit Dienstleister personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten, werden sie auf Grundlage eines Vertrags gemäß Art. 28 DSGVO eingesetzt.

Die übermittelten Daten dürfen von den Empfängern nur für die jeweiligen Zwecke verarbeitet werden.

7. Anwaltliche Verschwiegenheit

Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht bleibt unberührt.

Informationen, die der anwaltlichen Verschwiegenheit unterliegen, werden nur weitergegeben, wenn dies zur ordnungsgemäßen Durchführung des Mandats erforderlich und berufsrechtlich zulässig ist, Sie eingewilligt haben oder wir gesetzlich zur Offenlegung berechtigt oder verpflichtet sind.

Beschäftigte und externe Dienstleister werden, soweit erforderlich, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

8. Übermittlung in Staaten außerhalb der Europäischen Union

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Staaten außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums ist grundsätzlich nicht beabsichtigt.

Soweit im Einzelfall eine Übermittlung in einen Drittstaat erfolgt, geschieht dies nur unter Beachtung der Art. 44 ff. DSGVO.

Die Übermittlung erfolgt insbesondere auf Grundlage:

1. eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission;
2. geeigneter Garantien, insbesondere der EU-Standardvertragsklauseln;
3. verbindlicher interner Datenschutzvorschriften;
4. oder einer gesetzlichen Ausnahme nach Art. 49 DSGVO.

Informationen über die jeweils verwendeten Garantien können unter info@kanzleimokhtari.de angefordert werden.

9. Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Bereitstellung der für die Prüfung und Bearbeitung des Mandats erforderlichen personenbezogenen Daten ist notwendig.

Ohne diese Daten können wir insbesondere keine Interessenkollisionsprüfung durchführen, Ihre Angelegenheit nicht zuverlässig beurteilen und gegebenenfalls kein Mandatsverhältnis begründen oder durchführen.

Soweit gesetzliche Identifizierungs- oder Mitwirkungspflichten bestehen, ist die Bereitstellung der betreffenden Daten gesetzlich vorgeschrieben.

10. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine ausschließlich automatisierte Entscheidungsfindung im Sinne von Art. 22 DSGVO einschließlich Profiling findet nicht statt.

11. Rechte der betroffenen Personen

Sie haben nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen insbesondere folgende Rechte:

11.1 Auskunft

Gemäß Art. 15 DSGVO können Sie Auskunft darüber verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir über Sie verarbeiten.

Sie können insbesondere Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die verarbeiteten Datenkategorien, die Empfänger, die vorgesehene Speicherdauer, die Herkunft der Daten sowie das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung verlangen.

11.2 Berichtigung

Gemäß Art. 16 DSGVO können Sie die unverzügliche Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten verlangen.

11.3 Löschung

Gemäß Art. 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, überwiegenden berechtigten Gründe oder sonstigen gesetzlichen Ausnahmen entgegenstehen.

Eine Löschung kann insbesondere ausgeschlossen sein, soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

11.4 Einschränkung der Verarbeitung

Gemäß Art. 18 DSGVO können Sie unter den gesetzlichen Voraussetzungen die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

11.5 Datenübertragbarkeit

Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, haben Sie gemäß Art. 20 DSGVO das Recht, personenbezogene Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten.

Sie können außerdem verlangen, dass diese Daten unmittelbar an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch möglich ist.

11.6 Widerruf einer Einwilligung

Gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO können Sie eine erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung, die vor dem Widerruf auf Grundlage der Einwilligung erfolgt ist.

11.7 Beschwerderecht

Gemäß Art. 77 DSGVO haben Sie das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren.

Die für die Kanzlei Mokhtari zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

**Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Baden-Württemberg**

Heilbronner Straße 35
70191 Stuttgart

Postanschrift:

Postfach 10 29 32
70025 Stuttgart

Telefon: +49 711 615541-0

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Sie können sich auch an eine Datenschutzaufsichtsbehörde Ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Datenschutzverstoßes wenden.

12. Widerspruchsrecht

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe f DSGVO verarbeiten, haben Sie gemäß Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen.

Nach einem Widerspruch verarbeiten wir die betreffenden personenbezogenen Daten grundsätzlich nicht mehr. Dies gilt nicht, wenn wir zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen können, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Zur Ausübung des Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an:

info@kanzleimokhtari.de

Auch andere datenschutzrechtliche Anfragen, insbesondere Auskunft-, Berichtigungs-, Lösungs- oder Einschränkungsverlangen, können an diese E-Mail-Adresse gerichtet werden.